

Haushalt 2009 - Diskussionen im HFA

Bruchköbel. Zum Thema Haushalt haben sich natürlich auch die Fraktionen zu Wort gemeldet. Im Haupt- und Finanzausschuss (HFA) wurden über 30 Anträge diskutiert.

So konnte Bündnis 90/Die Grünen die anderen Mitglieder des Ausschusses von einer jährlichen, moderaten der von der Stadt erhobenen Steuern, Gebühren sowie der Pachten und Mieten überzeugen.

„Eine jährliche geringe Anhebung der Abgaben schließt die Schere zwischen steigenden Ausgaben und nicht oder nur sehr unregelmäßig steigenden Einnahmen, so Fraktionsvorsitzender Harald Wenzel. Ebenfalls eine Mehrheit fand der Vorschlag, die Kanal- und Straßenarbeiten im Winderdecker Weg fertig zu stellen, um in Genuss der bereits zugesagten Fördergelder zu kommen. Der BürgerBund Bruchköbel (BBB) konnte seine Forderung nach der Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehr Oberissigheim durchsetzen.

Gemeinsam mit der CDU und der SPD fand sich im Ausschuss eine Mehrheit für den Kauf eines Fahrzeuges und den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses.

Auf Unverständnis stöße die Einrichtung eines Bürgerbüros im Rathaus für 300.000 Euro. „In der

jetzigen Situation kann diese Forderung von Bürgermeister Maibach sowie der CDU und SPD nicht nachvollzogen werden“, stellte Joachim Rechholz fest.

Für eine längere Diskussion sorgte die Forderung der FDP nach der „Kürzung aller Positionen des Ergebnishaushaltes um 10 Prozent“, auch im Personalbereich.

„Obwohl Einsparungen notwendig sind, kann der geforderte kurzfristige Abbau von 20 Mitarbeitern nicht der richtige Weg sein, so Rechholz. Damit war er sich mit der Mehrheit der Ausschussmitglieder einig. Die SPD setzte ihren Rotstift an anderer Stelle an:

„In einer kritischen finanziellen Situation legen wir Wert darauf, dass Investitionen vor allem den Bürgern zugute kommen.

Der Erste Stadtrat Uwe Ringel möchte gerne den städtischen Bauhof verlegen und Bürgermeister Maibach ein Trauzimmer in historischem Ambiente“, so Perry von Wittich. „Nette Ideen - aber keine dringenden Maßnahmen. Sie sollten daher Wunschenken bleiben und nicht noch weiter unseren städtischen Schuldenberg erhöhen.“

Es bleibt abzuwarten, worauf sich die Fraktionen am Ende einigen können.